

TEXTTEIL

Planungsrechtliche Festsetzungen

Festsetzungen gemäß § 9 BauGB i. V. mit BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung

(§ 6 i.V. mit § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO)

Im Mischgebiet MI sind gemäß § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 5 BauNVO die Nutzungen Nr. 6, 7, und 8 nicht zulässig.

Ausnahmen gemäß § 6 Abs. 3 sind in Verbindung mit § 1 Abs. 6 Nr. 1 nicht zulässig.

2. Mass der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 18 - 21 BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grund- und Geschoßflächenzahl und die Zahl der Vollgeschosse in der Planzeichnung festgesetzt.

3. Bauweise

(§ 22 BauNVO)

Gemäß § 22 Abs. 1 BauNVO wird entlang der Emmersweilerstraße offene Bauweise festgesetzt.

4. Nebenanlagen

(§ 14 BauNVO)

Nebenanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Nebenanlagen, die der Versorgung des Gebietes mit Strom, Gas, Wasser sowie zur Ableitung der Abwässer und des Abfalls bestimmt sind sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

5. Stellplätze und Garagen

(§ 12 Abs. 6 BauNVO)

Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen und den dafür festgesetzten Flächen zulässig. Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

6. Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

Anpflanzen von Bäumen gemäß § 25 BauGB

Auf den in der Planzeichnung festgesetzten Standorten sind standortgerechte Laubbäume Stammdurchmesser 14 cm gem. folgender Artenauswahl zu pflanzen.

Artenauswahl: Spitz-Ahorn / Acer platanoides, Berg-Ahorn / Acer pseudoplatanus, Platane / Platanus acerifolia, Röbkastanie / aesculus hippocastanum

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gem. § 25a BauGB

Auf den in der Planzeichnung als Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzten Flächen sind standorttypische, heimische Laubgehölze gem. Artenauswahl zu pflanzen.

Artenauswahl: Hasel / Corylus avellana, Bltrotter Hartriegel / Cornus sanguinea, Pfaffenbüschchen / Euonymus europaeus, Liguster / Ligustrum vulgare, Gemeiner Schneeball / Viburnum opulus, Schwarzer Holunder / Sambucus nigra, Gemeiner Flieder / Syringa vulgaris

Flächen zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern gemäß § 9 Abs 1 Nr. 25b BauGB

Die in der Planzeichnung festgesetzten Flächen zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern sind zu unterhalten und bei Ausfall zu ersetzen.

7. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

(§ 9 Abs. 7 BauGB)

Die Grenzen sind der Planzeichnung zu entnehmen und in beigefügter Begründung beschrieben.

II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

(§ 85 Abs. 1 u. 2 LBO und § 9 Abs.4 BauGB)

1. Gestaltung der nicht überbaubaren Grundstücksflächen

Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind mit Ausnahme der Einfahrten, der Park- und Stellplätze, der Hofflächen und Zugänge gärtnerisch zu gestalten und anzulegen.

Der Parkplatz/Dorfplatz ist mit einer wasserdurchlässigen Decke auszustatten.

2. Einfriedungen

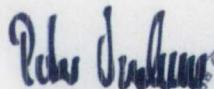
Einfriedungen der Grundstücke zur öffentlichen Verkehrsflächen und zur Gemeinbedarfsfläche sind nicht höher als 0,80 m zulässig. Hierbei sollen vorwiegend naturbelassene Holzzäune und winterharte Hecken verwandt werden.

VERFAHRENСVERMERKE

Aufstellungsbeschuß gemäß § 2 Abs. 1 BauGB:	03. Juni 2004
Veröffentlichung des Aufstellungsbeschlusses:	25. Juni 2004
Vorgezogene Bürgerbeteiligung:	04. Oktober 2004 bis 05. November 2004
Bekanntmachung der vorgez. Bürgerbeteiligung:	24. September 2004
Anschreiben Träger öffentlicher Belange:	24. September 2004
Beschluß Offenlegung:	14. September 2004
Offenlegung:	04. Oktober 2004 bis 05. November 2004
Bekanntmachung der Offenlegung:	24. September 2004
Satzungsbeschuß:	21. Dezember 2004

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Großrosseln, 21. Dezember 2004


Der Bürgermeister
Peter Duchene

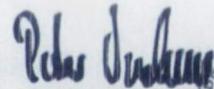

Der Bebauungsplan Bürgerhalle wurde am 03. Juni 2005 gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Bürgerhalle, bestehend aus Planzeichnung, Textteil und Begründung gemäß § 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB in Kraft.

In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme, die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen gemäß § 215 Abs. 2 und ferner auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen gemäß § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB hingewiesen worden.

Die Satzung ist am 03. Juni 2005 in kraft getreten.

Großrosseln, 03. Juni 2005


Der Bürgermeister
Peter Duchene


RECHTSGRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

das Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I, S. 2141, ber. 1998 S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.Juli 2001 (BGBl. I.S.1950)

die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 466)

die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts – Planzeichenverordnung (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I. S. 58)

die Bauordnung für das Saarland (LBO) geändert durch Gesetz Nr. 1544 zur Neuordnung des saarländischen Bauordnungs- und Bauberufsrechts vom 18.02.2004 (Amtsblatt des Saarlandes Nr. 18 vom 16.04.2004, S. 822)

der § 12 des Kommunalselbstverwaltungsge setzes (KSVG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. Juni 1997 auf Grund des Artikels 6 des Gesetzes zur Änderung kommunal rechtlicher Vorschriften vom 23. April 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S.538)

das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) in der Fassung vom 21.09.1998 (BGBl. I. S. 2994)

das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz – SNG) vom 19.03.1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 346), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05. Februar 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 258)

das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BlmSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I. S. 880), zuletzt geändert durch Artikel 1des Gesetzes vom 19. Oktober 1998 (BGBl. I. S. 3178)

das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserschutzgesetz – WHG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 12.11.1996 (BGBl. I. S. 1695), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. August 1998, (BGBl. I. S. 2455)

das Gesetz zum Schutz des Bodens vom 17. März 1998, Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten – Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG vom 17.03.1998, BGBl. I. S. 501; Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung – BBodSchV vom 12.07.1999, (BGBl. I. S. 1554)

Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Saarland vom März 2002, Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes – SBodSchG

das Saarländische Wassergesetz (SWG) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 03. März 1998 (Amtsblatt des Saarlandes 1998, S. 306)

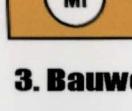
das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt S. 210) zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Vermessungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtsblatt S. 1130)

UVP in der Fassung vom 05.09.2001 zuletzt geändert am 18.06.2002

PLANZEICHENERLÄUTERUNGEN

gemäß Anlage zur PlanZVO vom 18. Dezember 1990

1. Art der baulichen Nutzung



Mischgebiete

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen



Baugrenze

0

offene Bauweise

0.8

Grundflächenzahl

2.4

Geschoßflächenzahl

III

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

4. Gemeinbedarfsflächen, -einrichtungen und -anlagen



Flächen für den Gemeinbedarf



Feuerwehr



Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

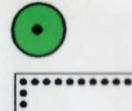
6. Verkehrsflächen



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

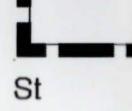


Strassenverkehrsflächen

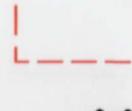


Strassenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

7. Flächen für Versorgungsanlagen, Abfall-, Abwasserbeseitigung, Ablagerungen



Flächen für Versorgungsanlagen
Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung und Ablagerungen



Elektrizität

13. Maßnahmen und Flächen zum Schutz und Pflege von Natur und Landschaft



Anpflanzen: Bäume

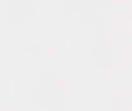


Erhaltung: Bäume



Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

15. Sonstige Planzeichen



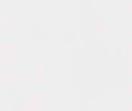
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans



Stellplätze



Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

GEMEINDE GROSSROSSELN STADTVERBAND SAARBRÜCKEN

BEBAUUNGSPLAN "BÜRGERHALLE"

M. 1:500



Aufgestellt: Saarbrücken, August 2004, November 2004, April 2005, Juni 2005

LEG Saar

Landesentwicklungsgesellschaft Saarland mbH

Saarland

